



WerteUnion

Freiheitlich-konservativer Aufbruch

PRESSEMITTEILUNG

Repräsentative aktuelle INSA-Umfrage: Über 70 Prozent der Bürgerinnen und Bürger befürchten weitere Zuwanderung nach Deutschland.

Berliner Kreis fordert: „Wer ohne Pass kommt, muss an den Grenzen abgewiesen werden.“

30. August 2017

Berlin - Fast 70 Prozent der Bundesbürger gehen davon aus, dass es immer noch eine unkontrollierte Zuwanderung von Flüchtlingen nach Deutschland gebe. Dieser Sachverhalt bereitet dem überwiegenden Teil der deutschen Bevölkerung große Sorgen.

Dies betrifft im Übrigen die Wähler aller Parteien mit Ausnahme der Anhänger der Grünen und der Linken. Nur jeder Zehnte der Befragten hat diese Sorge nicht. Entsprechend fordern über 80% der Bundesbürger, dass die Bundesregierung entschiedener gegen illegale Einwanderung vorgeht. Bei diesen hochaktuellen und brisanten Themen besteht nach Meinung des Berliner Kreises und der konservativen Basisbewegung WerteUnion großer politischer Handlungsbedarf für die neue Bundesregierung.

Dies ist das Ergebnis einer aktuellen Umfrage des INSA-Instituts mit 2.034 Befragten ab 18 Jahren im Auftrag des konservativen Berliner Kreises in der Union. Der Berliner Kreis hat sich ebenso wie die WerteUnion in den vergangenen Monaten bereits mehrfach mit kritischen Analysen zur illegalen Einwanderung und zur derzeitigen Migrationsentwicklung zu Wort gemeldet.

"Die Zahlen belegen, dass die Politik die Ängste der Bürger ernst nehmen und gegen unkontrollierte Zuwanderung konsequent vorgehen muss", sagte Christean Wagner, Mitbegründer des Berliner Kreises in der Union. Und weiter: „Illegale Einwanderung wird in den meisten Ländern weltweit als Straftat betrachtet und daher nicht geduldet.“

Gemeinsam mit Alexander Mitsch, dem Bundesvorsitzenden der WerteUnion, fordert der Berliner Kreis, dass in der nächsten Legislaturperiode im Interesse der Inneren Sicherheit keine unkontrollierte Einwanderung stattfindet. Mitsch: "Eine wesentliche Voraussetzung, um die Einwanderung in unser Sozialsystem deutlich zu verringern, ist die drastische Reduzierung der Geld- und Sozialleistungen für Zuwanderer. Hier ist die zukünftige Bundesregierung massiv gefordert."

Christean Wagner kritisierte erneut die Blockadehaltung der SPD in der Großen Koalition, wo etwa jede Bemühung von CDU und CSU um die Schaffung von Transitzone torpediert wurde. Wagner

weiter: „Ganz wichtig ist uns, dass zukünftig niemand in unser Land einreisen darf, der keinen Pass bei sich hat oder dessen Identität unsicher oder ungeklärt ist. Wir müssen wissen, wer nach Deutschland kommt.“

Wir stehen hier im massiven Widerspruch zu Teilen der SPD und zu den Wahlprogrammen der Grünen und der Linken, die offene Grenzen propagieren. Dies lehnen der Berliner Kreis und die WerteUnion vor dem Hintergrund von drohenden Migranten-Strömen aus Afrika ohne Wenn und Aber ab.

Wagner: „Flüchtlingsströme durch neue Kontroll- und Fördermaßnahmen außerhalb Europas zu reduzieren, ist ein unbestreitbar zentrales Ziel. Angesichts der Tatsache, dass die Sicherung der europäischen Außengrenzen nicht in kurzer Zeit gewährleistet werden kann, müssen die eigenen Grenzen durch angemessene Maßnahmen gesichert werden. Dies muss für die Unionsparteien ganz oben auf der politischen Tagesordnung stehen.“

Der *Berliner Kreis* ist ein Netzwerk von konservativen Abgeordneten und Mandatsträgern in der Union. **Kontakt: Christean Wagner 06423-7220.**

Die *WerteUnion* ist der bundesweite Zusammenschluss der konservativen Initiativen innerhalb der Union. **Kontakt: Alexander Mitsch, Tel. 0163 9073693.**